



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 17.05.2018**

öffentlich

Ort: Lebenshilfe e.V. Halle
Böllberger Weg 174
06128 Halle (Saale)

Zeit: 16:36 Uhr bis 17:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 16:50 Uhr bis 17:41 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau
Seidel-Jähnig	
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung/ Amtstierärztin
Uwe Theiß	Abteilungsleiter Existenzsichernde Leistungen
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Gäste

Herr Kästner	Leiter Sozialtherapeutisches Zentrum Halle (Saale)
Frau Staude	Lebenshilfe e. V Halle (Saale)

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Norwin Dorn	Seniorenrat
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt schlug vor die Tagesordnungspunkte

7.1 Vorstellung Lebenshilfe e.V

7.2 Vorstellung des Sozialtherapeutischen Zentrums Volkssolidarität nach der Niederschrift zu behandeln.

Dem stand nichts entgegen.

Frau Haupt bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.2018
- 7.1 Vorstellung Lebenshilfe e.V
- 7.2 Vorstellung des Sozialtherapeutischen Zentrums Volkssolidarität
- 4 Beschlussvorlagen
- 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2018/03855
- 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A VI/2018/03855
Vorlage: VI/2018/03909

5.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Markus Klätte zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A (Vorlage-Nr. VI/2018/03855)
Vorlage: VI/2018/04038

5.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften
Vorlage: VI/2018/03883

zurückgezogen

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

6.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Versorgung von einkommensschwachen Menschen
Vorlage: VI/2018/04019

7. Mitteilungen

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

9.1 Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.04.2018

Es gab keine Einwände.

zu 7.1 Vorstellung Lebenshilfe e.V.

Frau Staudé stellte die Arbeit des Lebenshilfe e.V. vor und lud am Ende der Sitzung zu einer Führung über das Gelände ein.

zu 7.2 Vorstellung des Sozialtherapeutischen Zentrums Volkssolidarität

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Kästner stellte die Arbeit des Sozialtherapeutischen Zentrums vor.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2018/03855

zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A VI/2018/03855
Vorlage: VI/2018/03909

zu 5.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Markus Klätte zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A (Vorlage-Nr. VI/2018/03855)
Vorlage: VI/2018/04038

zu 5.1.2 Änderungsantrag des Stadtrates Markus Klätte zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A (Vorlage-Nr. VI/2018/03855)
Vorlage: VI/2018/04038

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Ich beantrage, den Punkt 2. a. der o.g. Beschlussvorlage wie folgt zu ergänzen:

Antragsrecht für Menschen außerhalb dieser Maßnahmen deren Teilhabe gefährdet ist. Dafür wird eine geeignete Einkommensschwelle festgelegt.

zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A VI/2018/03855
Vorlage: VI/2018/03909

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Regularien des Halle-Passes A konzeptionell zu ~~überarbeiten~~ **überprüfen**. Das Konzept wird in der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 ~~zur Beschlussfassung~~ vorgelegt.
2. Bezüglich der ~~Überarbeitung~~ **Prüfung** werden folgende Eckpunkte berücksichtigt:
 - a. Der Halle-Pass A wird zeitgleich mit der Bescheidung von Transferleistungen nach SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld ausgestellt. Die städtischen

Vertreter*innen der Trägerversammlung werden beauftragt, diese Verfahrensweise für den Rechtskreis SGB II sowie für die Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages per Antrag in die Trägerversammlung einzubringen.

- b. Inhaber*innen des Halle-Passes A haben Anspruch auf einen monatlichen ÖPNV-Mobilitätsbetrag in Höhe von 5 €, der ~~individuell~~ **zweckgebunden mit dem Besuch der jeweiligen Einrichtung** nutzbar ist. Die Stadtverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HAVAG beauftragt, ein geeignetes Modell der Umsetzung zu ~~entwickeln.~~ **prüfen**.
 - ~~c.~~ Für Inhaber*innen des Halle-Passes A ist ~~die~~ **eine kostenfreie** Nutzung der Stadtbibliothek sowie des Stadtmuseums ~~kostenfrei~~ **zu prüfen**. ~~Die Gebührensatzungen sind dementsprechend anzupassen.~~
Für städtische Unternehmen, die bisher keine Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A für Freizeit- und Bildungsangebote anbieten, sollen diese geprüft werden.
Es wird außerdem geprüft ob Dritte, die im Auftrag der Stadt Einrichtungen betreiben, ~~bieten~~ Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A **anbieten können**. Mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen werden Halle-Pass A Ermäßigungen angestrebt.
 - d. Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass A angemessen, aktuell, nutzerfreundlich und weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Es wird empfohlen, auch auf die Leistungen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ hinzuweisen.
 - e. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit der Kreis der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger **(beispielsweise nach Einkommen in Höhe des jeweils aktuellen Mindestlohnes)**, welche die Voraussetzungen für die Beantragung eines Halle-Passes A nicht erfüllen, erweitert werden kann. Entsprechende Szenarien sind abzubilden.
3. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen. ~~und im HH-Entwurf 2019 zu berücksichtigen.~~
 4. Die Regularien zum Halle-Pass A werden in Form einer Satzung oder Richtlinie vorgelegt.

**zu 5.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE zur Ausgestaltung des Halle-Passes A
Vorlage: VI/2018/03855**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

5. Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt, die Regularien des Halle-Passes A konzeptionell zu überarbeiten. Das Konzept wird in der Sitzung des Stadtrates am 24.10.2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.
6. Bezüglich der Überarbeitung werden folgende Eckpunkte berücksichtigt:

- f. Der Halle-Pass A wird zeitgleich mit der Bescheidung von Transferleistungen nach SGB XII, AsylbLG sowie Wohngeld ausgestellt. Die städtischen Vertreter*innen der Trägerversammlung werden beauftragt, diese Verfahrensweise für den Rechtskreis SGB II sowie für die Anspruchsberechtigten des Kinderzuschlages per Antrag in die Trägerversammlung einzubringen.
 - g. Inhaber*innen des Halle-Passes A haben Anspruch auf einen monatlichen ÖPNV-Mobilitätsbetrag in Höhe von 5 €, der individuell nutzbar ist. Die Stadtverwaltung wird in Zusammenarbeit mit der HAVAG beauftragt, ein geeignetes Modell der Umsetzung zu entwickeln.
 - h. Für Inhaber*innen des Halle-Passes A ist die Nutzung der Stadtbibliothek sowie des Stadtmuseums kostenfrei. Die Gebührensatzungen sind dementsprechend anzupassen.
Für städtische Unternehmen, die bisher keine Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A für Freizeit- und Bildungsangebote anbieten, sollen diese geprüft werden.
Dritte, die im Auftrag der Stadt Einrichtungen betreiben, bieten Ermäßigungen im Rahmen des Halle-Passes A an. Mit privatwirtschaftlichen Einrichtungen werden Halle-Pass A Ermäßigungen angestrebt.
 - i. Es wird angeregt, die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass A angemessen, aktuell, nutzerfreundlich und weitestgehend barrierefrei zu gestalten. Es wird empfohlen, auch auf die Leistungen im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepakets“ hinzuweisen.
 - j. Die Stadtverwaltung prüft, inwieweit der Kreis der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger, welche die Voraussetzungen für die Beantragung eines Halle-Passes A nicht erfüllen, erweitert werden kann. Entsprechende Szenarien sind abzubilden.
7. Die finanziellen Auswirkungen sind darzustellen und im HH-Entwurf 2019 zu berücksichtigen.
8. Die Regularien zum Halle-Pass A werden in Form einer Satzung oder Richtlinie vorgelegt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Versorgung von einkommensschwachen Menschen Vorlage: VI/2018/04019

Die Antwort wurde schriftlich im Session hinterlegt.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.3 **Einladung zum Tag der offenen Tür des Berufsförderungswerk am 24.05.2018**

Frau Brederlow informierte die Mitglieder über den Tag der offenen Tür des Berufsförderungswerkes am 24.05.2018.

zu 7.4 **Information zum Treffen mit dem Tierschutzverein**

Frau Brederlow informierte über ein Treffen mit dem Tierschutzverein am 31.05.2018.

zu 7.5 **Information zur Veranstaltung "Gemeinsam im Alltag"**

Herr Dr. Ali teilte einen Flyer, mit dem Hinweis auf die Veranstaltung „Gemeinsam im Alltag“, welche am 31.05.2018 von 15:30 Uhr bis 19 Uhr stattfindet, aus.

zu 7.6 **Information zu Suchtpräventionsfachkraft**

Frau Dr. Gröger informierte darüber, dass die Suchtpräventionsfachkraft ihre Arbeit aufgenommen hat.

Frau Brederlow sagte, dass es eine Auftaktveranstaltung am 06.06.2018 geben wird.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 8.1 **Frau Haupt zum persönlichen Budget**

Die Fragen sind im Session hinterlegt.

Frau Haupt fragte, warum die anfallenden Kosten (hier Hausgebärdenssprachkurs = 90 min = 75 EUR exkl. Fahrtkosten) nicht kostendeckend an die hilfebedürftige Person gezahlt werden?

Warum wurden in der entsprechenden Zielvereinbarung diese Kosten nicht festgestellt (hier wurde die Frühförderungstabelle, die nicht kostendeckend ist, angewandt)?

Gibt es beim Leistungsträger (hier Stadt Halle) einen „Ermessensspielraum“?
Wenn ja, steht dieser nicht im Widerspruch zu der Aussage in der Gesetzgebung, dass die Anträge auf Bewilligung des persönlichen Budgets zu genehmigen sind?

Eine schriftliche Beantwortung wurde zugesichert.

zu 8.2 Herr Schied zu Kita-Gebühren

Herr Schied fragte, wie die lange Bearbeitungszeit, zur Erstattung der Kitagebühren, verbessert werden soll.

Eine schriftliche Beantwortung wurde zugesichert.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

zu 9.1.1 Herr Senius zum Ombudsmann

Herr Senius regte an den Ombudsmann vor der Sommerpause in den SGGA einzuladen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** beendete die Sitzung.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin